

Inhalt

1-7 Im Blickpunkt

- Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

8-16 Forum

- Nürnberger Erklärung „Heimat. Zukunft. Stadt“
- Auszüge aus den Reden von Dr. Eva Lohse, Helmut Dedy, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel, Staatsminister Joachim Herrmann
- Foren der Hauptversammlung

18 Personalien

20 Termine

Zukunft gestalten – Deutschland braucht lebenswerte Städte

Eine Hauptversammlung ist für uns im Deutschen Städtetag eine ganz besondere Veranstaltung. Sie ist alle zwei Jahre das größte Treffen von Kommunalpolitikern in Deutschland. Und wir können mit Fug und Recht sagen: Die Hauptversammlung vom 30. Mai bis 1. Juni in Nürnberg war ein großer Erfolg, sie war ein Fest der Städte. Und die Stadt Nürnberg war ein großartiger Gastgeber. Danke dafür.

Mehr als 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Hauptversammlung besucht. Sie war lebendig und ein eindrucksvoller gemeinsamer Auftritt der Städte gegenüber Bund und Ländern. Der Austausch war rege, auch in Zwiesgesprächen auf den Fluren und während der gut besuchten Exkursionen, die erstmals auf dem Programm standen. Zukünftige Herausforderungen wurden nicht nur in den Reden angesprochen, sondern auch mit Detailkenntnis in den Foren diskutiert.

Die Nürnberger Erklärung des Deutschen Städtetages spricht Themen an, die uns weiter beschäftigen werden: Wie lässt sich ein partnerschaftliches Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen gestalten, um lebenswerte Städte zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern Chancengerechtigkeit zu bieten? Wie kann die Investitionskraft der Städte gestärkt und Finanzschwäche gelindert werden? Wie kann schneller mehr Wohnraum entstehen und Bauland stärker mobilisiert werden? Wie können Klimaschutz, zukunftsfähige Mobilität und Nachhaltigkeit in den Städten noch verbessert werden? Es gilt, Städte als Orte des Zusammenhalts und der Teilhabe zu stärken. Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte. Wir werden auch gegenüber der künftigen Bundesregierung deutlich machen, dass jede Stadt Entwicklungschancen braucht. Unabhängig davon, ob sie wächst oder schrumpft, hochverschuldet oder finanzstark ist.

Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 sind neu geregelt – auch unsere Arbeit steht damit auf einer neuen Grundlage. Es gilt, die Voraussetzungen für lebendige Städte zu schaffen und zu sichern. Nur dann können Städte Heimat sein, nur dann können Städte Zukunft sein. Getreu dem Motto der diesjährigen Hauptversammlung: „Heimat. Zukunft. Stadt“.



Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg: Heimat • Zukunft • Stadt

Der Imagefilm, der aufzählt, was alles toll ist in der Stadt Nürnberg, fiel zu Beginn der Hauptversammlung aus. Mit den Worten: „Haben wir nicht, machen wir nicht, wollen wir nicht“, begrüßte der Gastgeber und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, die Anwesenden in der NürnbergMesse. Stattdessen gab es das „Gschmarri“ von Klaus Schamberger. Der Kolumnist und langjährige Chefredakteur befasst sich seit Jahrzehnten mit Dialekt und Mentalität der Franken und beschrieb spitzzünftig, wie sich die kleinen Probleme der großen Welt mit den Augen eines Nürnbergers sehen lassen – zum Vergnügen der mehr als 1200 Delegierten und Gäste, die zur 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 nach Nürnberg gekommen waren.

Als wichtige Forderungen der Städte zum Auftakt der Hauptversammlung mit dem Motto „Heimat. Zukunft. Stadt“ hatte Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse bereits am Vortrag in einer Pressekonferenz genannt: die Investitionskraft der Städte stärken, langfristig sichern und mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur ermöglichen. Strukturschwache Städte in Ost und West benötigen eine gesonderte Förderung, um den Anschluss an die allgemeine Entwicklung nicht zu

verlieren. Zudem appellierten die Städte an Bund und Länder, Lösungen für die Finanzierung der Integrationsaufgaben für Zugewanderte nach dem Jahr 2018 zu entwickeln. Vizepräsident Dr. Ulrich Maly betonte angesichts des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels und überdurchschnittlich steigender Mietpreise in etlichen deutschen Städten: Bund und Länder müssten ihr Engagement für mehr Wohnungen verstärken und den Wohnungsbau über einen geeigneten Mix von Förderinstrumenten attraktiver machen. Außerdem benötigten die Städte zusätzliche Unterstützung, damit mehr Bauland mobilisiert werden kann. Es ginge vor allem darum, neuen preiswerten Wohnraum zu schaffen, Mieterinnen und Mietern mit niedrigen und mittleren Einkommen mehr bezahlbare Wohnungen anzubieten sowie Wohneigentum zu unterstützen.

Hauptredner der Hauptversammlung waren neben der Spitze des Deutschen Städtetages Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler, Sigmar Gabriel, und der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr des Freistaates Bayern, Joachim Herrmann. Während der Tage in Nürnberg diskutierten Delegierte und Gäste in fünf Fachforen (siehe Infokasten auf Seite 16) zu folgenden Themen:



Die Spitze des Deutschen Städtetages empfängt die Bundeskanzlerin zur Hauptversammlung in Nürnberg (v.l.n.r.): Dr. Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg; Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel; Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Foto: © Stadt Nürnberg, Berny Meyer

- Forum A: Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?
- Forum B: Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel
- Forum C: Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel
- Forum D: Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend
- Forum E: Heimat. Zukunft. Stadt – auch eine Frage des Geldes!

Lohse: Städte sind Heimat

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, betonte in ihrer Rede zu Beginn der Hauptversammlung, dass die Städte Heimat für alle ihre Bürgerinnen und Bürger seien und ihnen beste Chancen für eine lebenswerte Zukunft bieten wollen. Damit das gelingen kann, müsse die Stadt funktionieren, mit ihrer ganzen Infrastruktur, müssten die Städte ihre Aufgaben erfüllen, für Sicherheit und sozialen Ausgleich sorgen und brauchten sie Sport, Kultur und bürgerschaftliches Engagement. Wenn das alles zusammen kommt – und auskömmlich finanziert ist – dann werde aus Heimat Zukunft.

Lohse betonte rückblickend, dass sich die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Dynamik in den Städten, die Deutschland letztlich zu einem freien und wohlhabenden Land gemacht habe, ohne Zuwanderung und Integration nicht entwickelt hätte. Auch aktuell seien die Kommunen in besonderem Maße von der Integration gefordert: „Wir können keine Mauern mehr um unsere Städte bauen, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Risiken und Nebenwirkungen der Globalisierung zu schützen. Wir können nicht zurück in eine Welt, in der Heimat etwas Statisches ist – etwas, das immer gleich bleibt und das sich während unserer Lebensspanne nicht verändert. Wir können das nicht – und wir wollen das nicht.“ Lohse appellierte an die Länder, aktuelle Asylverfahren bereits in den jeweiligen Erstaufnahmeeinrichtungen zu entscheiden und zu versuchen, die Menschen bei Ablehnungen direkt dort von freiwilligen Heimreisen zu überzeugen und andernfalls Rückführungen zu organisieren. Geklärt werden müsse außerdem die künftige Finanzierung der Integrationskosten, die Städte benötigten die Unterstützung des Bundes auch über 2018 hinaus.

Hinsichtlich der kommunalen Finanzlage wies die Städtetagspräsidentin darauf hin, dass die Finanzprobleme vieler Städte trotz der Steuermehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen leider nicht gelöst seien. Schwierigkeiten bereite der Investitionsstau der kommunalen Infrastruktur von aktuell 126 Milliarden Euro, vor allem bei Schulen und Verkehrswegen. Deshalb forderte Lohse: „Wir brauchen dringend weitere Entlastungen, vor allem bei den Sozialausgaben, und wir halten deshalb an unserer Forderung einer Bundesbeteiligung von mehr als 50 Prozent an den Kosten der Unterkunft fest.“ Außerdem ermahnte Lohse die Länder: „Sie müssen dafür sorgen, dass die Städte finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können und die Infrastruktur nicht verfällt.“

Ausdrücklich lobte die Städtetagspräsidentin die Leistungen beim Ausbau der Kinderbetreuung. Binnen zehn Jahren hätten die Kommunen die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige fast verdoppelt. Der Ausbau werde weitergehen, bis alle Kinder versorgt seien, für die Eltern Betreuung wünschten. „Was wir uns wünschen, ist eine flächendeckende und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten der frühkindlichen Bildung“, fügte Lohse hinzu, denn auch der qualitative Ausbau müsse weitergehen.

Abschließend ging sie auf das Thema Sicherheit und Ordnung in der Stadt ein. „Wir wollen, dass unsere Städte Heimat sind, dass sich die Menschen in unseren Städten wohlfühlen. Dazu gehört ganz unbe-



Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, im Gespräch mit seiner Stellvertreterin Verena Göppert und der Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse (v.l.n.r.).

Foto: © Stadt Nürnberg, Berny Meyer

dingt, dass sie sich angstfrei auf öffentlichen Straßen und Plätzen bewegen können.“ Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei in erster Linie eine Aufgabe von Polizei und Justiz in Bund und Ländern. Sie hätten die Pflicht, hierzu ausreichendes Personal zur Verfügung zu stellen und adäquat einzusetzen. Gleichzeitig wollten die Städte die Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Kommunen weiter ausbauen. Dazu gehöre auch eine Ausweitung der Videoüberwachung mit Augenmaß.

Dedy: Herausforderungen 2020

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, machte in seiner Rede darauf aufmerksam, dass mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen weiterer Handlungsbedarf besteht aufgrund der zunehmenden Unterschiede zwischen Städten und Regionen. „Kommunale Investitionen verbessern, strukturschwache Städte stärken, Lösung des kommunalen Altschuldenproblems: Diese Herausforderungen bleiben.“ Es gehe letztlich um die Startchancen unserer Kinder. „Alle Länder erhalten ab 2020 mehr Geld. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Landesregierungen zu sagen, dass davon etwas bei den Kommunen ankommen muss.“

Konsens sei inzwischen, wegzukommen von der Förderung nach Himmelsrichtungen Ost und West hin zur Förderung nach dem Kriterium der Strukturschwäche. Als schwieriges Thema bezeichnete Dedy den Abbau der kommunalen Altschulden: „Ist es uns bisher schon

gelingen, die politische Sprengkraft dieses Themas zu verdeutlichen? Wir dürfen nicht sagen, ach, diese Altschulden – eine kaum lösbare Geschichte. Wir müssen von dem Risiko steigender Zinsen und sinkender Wirtschaftskraft sprechen. Ohne lebenswerte Urbanität ist die europäische Stadt nicht denkbar. Deutschland ist schlicht darauf angewiesen, dass es Entwicklungschancen für alle Städte gibt.“ Es müsse deutlich gemacht werden, warum die Lösung des Altschuldenproblems nottut.

Mit Blick auf die Herausforderungen ab dem Jahr 2020 stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages fest: Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind neu geordnet. Die Arbeit der Städte fange damit erst an. Es gelte, die Voraussetzungen für lebendige Urbanität zu schaffen. Dabei benötigten die Kommunen deutliche Unterstützung von Bund und Ländern.

Merkel: Direkter Kontakt zu Kommunen ist wichtig

„Es ist sehr wichtig, dass wir im Gespräch bleiben.“ Mit diesen Worten begann Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihre Rede zu den Delegierten der Hauptversammlung und verwies auf die regelmäßigen Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszuzug.

Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode sprach sie die Themen Bürgerportale und Digitalisierung an. Ziel sei es, dass die Bürgerinnen und Bürger einen



Der Vizekanzler und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel besucht die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages (v.l.n.r.): Vizepräsident Dr. Ulrich Maly, Bundesminister Sigmar Gabriel; Präsidentin Dr. Eva Lohse und Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Foto: © Stadt Nürnberg / Silvia Wawarta

einheitlichen Zugang zu allen staatlichen Leistungen haben. Das sei nicht nur eine finanzielle Herausforderung, deshalb müssten alle Akteure offen und intensiv an das Thema herangehen.

Angesichts der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen forderte sie, dass die Finanzbeziehungen transparenter gestaltet werden müssten. „Wir haben die Bund-Länder-Finanzbeziehung neu geordnet. Das war ein Kraftakt, um es mal ganz vorsichtig zu sagen. Die Einigung der Länder war möglich, weil der Bund mehr Verantwortung übernommen hat. Das haben wir gerne getan. Aber ich sage auch, wir tun es nur gerne, wenn zum Schluss auch irgendwas von den Bundesmitteln bei den Kommunen ankommt.“

Abschließend sicherte Merkel den Delegierten zu – so sie nach der Bundestagswahl weiter in der Verantwortung steht – bei der Haushaltsaufstellung für 2018 sofort über die weitere Finanzierung der Integration zu sprechen. Integration brauche Planungssicherheit.

Gabriel: Krisen in der Welt wirken sich auf Kommunen aus

Der Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler, Sigmar Gabriel, betonte in seiner Rede am Abschluss-tag der Hauptversammlung, dass die Krisen in der Welt sich schnell auf kommunaler Ebene auswirken: „Wenn in Syrien Krieg herrscht, dann können wir nicht einfach weiterzappen, sondern am nächsten Tag sitzen die Flüchtlinge im ÖPNV neben uns“, so Gabriel. Mit Blick auf die Integrationsarbeit sagte er: „Wir stehen vor einer gesellschaftlichen und politischen Generationenaufgabe.“ Neben der Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnungen, Schul- und Kitaplätzen und der Integration in Arbeit sei auch wichtig, die Präventionsarbeit auszubauen und Extremismus vorzubeugen.

In Bezug auf die Bund-Länder-Finanzbeziehungen betonte Gabriel die Bedeutung von Investitionen in Bildung, die nicht nur in Sonntagsreden auftauchen dürfe. Er forderte einen „goldenen Plan für Deutschlands Schulen“, bei dem alle drei staatlichen Ebenen zusammenarbeiten müssten. Außerdem bekannte er sich zum Verfassungsziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: „Die prinzipielle Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen, das ist doch das Ziel unserer Verfassung, das wir nicht aufgeben dürfen.“ Praktisch umgesetzt bedeute das eine zielgerichtete Förderung von strukturschwachen Städten und Regionen, die



Die neu gewählte ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages. Wiedergewählt wurden Präsidentin Dr. Eva Lohse (Mitte) sowie Vizepräsident Dr. Ulrich Maly (l.). Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster, wurde zum Präsidenten des Deutschen Städtetages ab Januar 2018 gewählt.

Foto: © Stadt Nürnberg, Silvia Wawarta

in der nächsten Legislaturperiode weiter angepackt werden müsse.

Herrmann: Bayern lebt von der Strahlkraft seiner Metropolen

Der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr des Freistaates Bayern, Joachim Herrmann, sagte zu Beginn seiner Rede, er erinnere sich an seine Erfahrungen als ehemaliges Stadtratsmitglied und fühle sich noch als Teil der kommunalen Familie in der Region. „Ich bin mit Begeisterung Kommunalminister und deshalb sage ich bei jeder Gelegenheit: Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen, deshalb haben wir auch einen Anspruch der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Bayerische Verfassung aufgenommen.“ Als wichtige Themen der neuen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern nannte er Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und sprach konkret das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) an. „Es ist unübersehbar, wir müssen den GVFG-Topf insgesamt in der nächsten Legislaturperiode deutlich anheben, weil wir anders sonst diese großen Verkehrsinfrastrukturprojekte in den Kommunen nicht geschultert bekommen.“ Herrmann schloss mit einem Appell, den es einzulösen gelte: „Deutschland braucht starke Städte.“

Nürnberger Erklärung verabschiedet

In der „Nürnberger Erklärung“, die die Delegierten verabschiedeten, betonten die Städte ihre Bereitschaft, sich den aktuellen Herausforderungen von Zu- und Abwanderung, Investitionsbedarfen, Finanzschwäche,

Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Städte seien Heimat und Orte des Zusammenhalts. Sie bilden den Lebensmittelpunkt für die Menschen und müssen deshalb attraktiv sein. Das verlange laufenden Wandel. Die Städte stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeute aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung geschützt zu werden.

Lohse bleibt Präsidentin, Lewe folgt 2018

Die ehrenamtliche Spitze des Deutschen Städtetages wurde am Schlußtag der Hauptversammlung neu gewählt. Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse bleibt Präsidentin des Deutschen Städtetages. Zum Vizepräsidenten wurde der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wiedergewählt. Lohse kandidiert in ihrer Heimatstadt Ludwigshafen

nicht für eine dritte achtjährige Amtszeit als Oberbürgermeisterin, sondern scheidet Ende des Jahres aus diesem Amt und damit ebenso aus dem Amt der Städtetagspräsidentin. Ihr soll daher als Städtetagspräsident ab dem 1. Januar 2018 Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster nachfolgen und bis zur nächsten Hauptversammlung im Juni 2019 das Ehrenamt übernehmen. Dafür wurde Lewe ebenfalls in Nürnberg gewählt. Er ist seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Münster und gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2013 an.

Lohse ist seit 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetages und war zuvor zwei Jahre Vizepräsidentin. Seit dem Jahr 2002 ist sie Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Dem Präsidium des Deutschen Städtetages gehört sie seit 2005 an.

Maly ist seit 2002 Oberbürgermeister von Nürnberg und stand von 2013 bis 2015 als Präsident an der



Das engere Präsidium des Deutschen Städtetages mit der Präsidentin, dem Vizepräsidenten und den Stellvertreterinnen und Stellvertretern der Präsidentin (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg; Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages; Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Saarbrücken; Oberbürgermeister Fritz Kuhn, Stuttgart; Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg; Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen am Rhein; Städtetagspräsident ab 2018, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster; Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen; Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück.

Foto: © Stadt Nürnberg, Silvia Wawarta

Spitze des Deutschen Städtetages. Er gehört dem Präsidium des Spitzenverbandes seit 2005 an und war zwischen 2009 und 2013 einer der stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages. Zur ersten Stellvertreterin der Präsidentin wählten die Delegierten Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Reutlingen, die bereits seit dem Jahr 2014 als Stellvertreterin amtierte. Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind gewählt worden: Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, Saarbrücken, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg, Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig, Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück, und Oberbürgermeister Fritz Kuhn, Stuttgart. Neu in diesem Amt sind Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, der seit 2014 Mitglied im Präsidium ist, sowie Oberbürgermeister Fritz Kuhn, der seit 2012 dem Präsidium angehört.

Interfraktionelle Frauensitzung

Zur diesjährigen Interfraktionellen Frauensitzung mit dem Thema „Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik“ wurden während der Hauptversammlung rund 120 Kommunalpolitikerinnen begrüßt. Vor dem Hintergrund einer zunehmend differenzierten Stadtgesellschaft werden in vielen Städten Konzepte des Diversity Managements entwickelt, die Schnittstellen zu den Instrumenten der Frauenförderung und des Gender Mainstreamings haben und teilweise Konfliktpotenzial bergen.

Grundlage der Podiumsdiskussion war das vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages verabschiedete gleichnamige Positionspapier. Nach einigen Statements der Podiumsteilnehmerinnen entstand eine rege Diskussion im Plenum. Am Ende war man sich einig, dass die in dem Positionspapier genannten Ansätze nun vor Ort mit Leben gefüllt werden müssen.

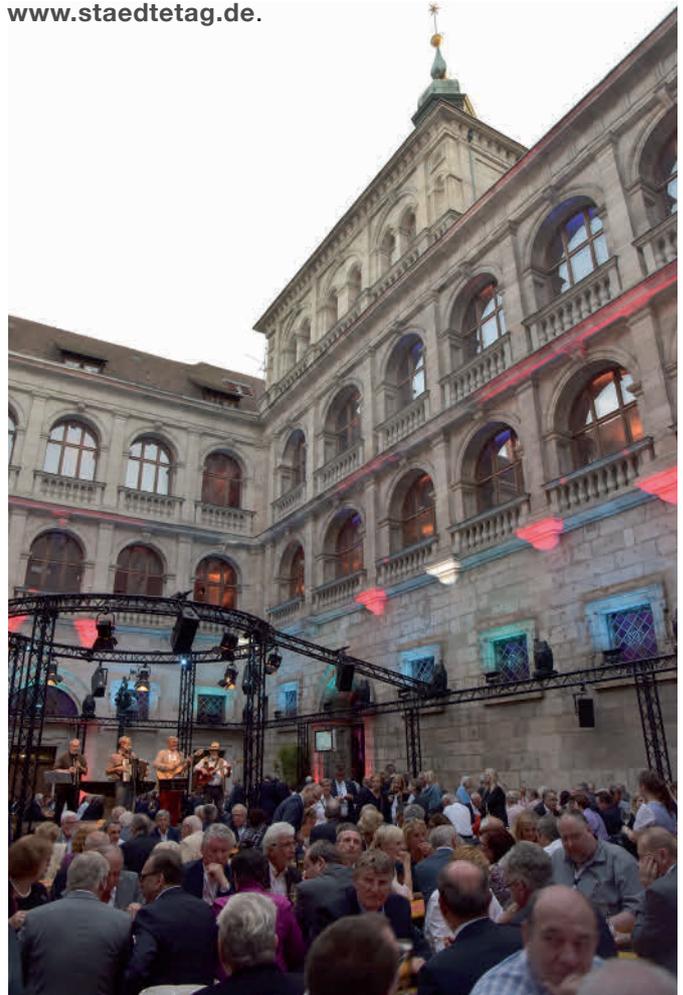
Exkursionen ins Stadtgebiet und Einladung ins Rathaus

Im Programm der Hauptversammlung wurden erstmals elf Exkursionen innerhalb der gastgebenden Stadt Nürnberg zu kommunalen Herausforderungen angeboten, die von den Delegierten und Gästen mit großem Interesse besucht wurden. Dabei ging es bei drei Angeboten um den Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erläuterte die Aufgabe, die verschiedenen Großbauten in Nürnberg als Mahn- und Lernort zu bewahren, ohne zur Mystifizierung beizutragen. Weitere Exkursionen, die von Experten aus der Kommunalpolitik begleitet wurden, befassten sich mit der gestiegenen

Heterogenität im Bildungssystem, dem Bedarf an neuen bezahlbaren Wohnungen, der Integration von Zugewanderten sowie mit Stadtentwicklungskonzepten, die bauliche, soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Aspekte in den Blick nehmen. Auch vernetzte Mobilität, die Energiewende und die Tierhaltung im Zoo wurden thematisiert.

Nach den Exkursionen trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung auf Einladung der Stadt zu entspannten Gesprächen im Nürnberger Rathaus, das dafür festlich umgestaltet wurde. Die 14 Städtepartnerschaften gaben Inspiration zu landestypischen Angeboten, die in den Fluren des Rathauses auf die Gäste warteten und zusammen mit Musik und Kultur zu einem unvergesslichen Abend beitrugen. Herzlichen Dank dafür!

Die nächste Hauptversammlung findet im Juni 2019 in Dortmund statt. Die Online-Dokumentation der Hauptversammlung in Nürnberg mit Reden, Fotos sowie weiteren Materialien findet sich unter www.staedtetag.de.



Abendempfang der Stadt im Nürnberger Rathaus.

Foto: © Stadt Nürnberg, Christine Dierenbach

Nürnberger Erklärung zum Abschluss der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Heimat • Zukunft • Stadt

- Deutschland braucht lebenswerte Städte

Deutschland ist ein Land der Städte, die Mehrheit der Menschen lebt hier. Die Städte sind Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie übernehmen Verantwortung für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, für politische Stabilität und sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Denn kommunale Selbstverwaltung bedeutet lokale Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger Politik und Gesellschaft mitgestalten können. Die Städte wollen Gegenwart und Zukunft prägen und Antworten auf die Herausforderungen von Zu- und Abwanderung, Investitionsbedarfen, Finanzschwäche, Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit finden. Sie stehen – allein oder in Netzwerken mit anderen Städten – als Partner von Bund und Ländern bereit, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeutet aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung und Fremdbestimmung geschützt zu werden.

- Städte sind Heimat

Städte sind Orte des Wohnens, der Kultur, der Wirtschaft und des Handels. Sie sind mehr als Arbeitsplatz oder Wohnort. Städte bieten Teilhabe und Identifikation. Wenn zunehmend Menschen in die Städte ziehen, dann ist das Herausforderung und Bestätigung zugleich. Herausforderung, weil gerade die besonders attraktiven Städte an Grenzen des Wachstums stoßen. Und Bestätigung, weil viele Menschen gern in Städten leben, in einer Umgebung, die – bei allen Herausforderungen – von Urbanität und ökologischer Verantwortung, Kultur und lebendigen Innenstädten geprägt ist.

- Chancengerechtigkeit als Ziel

Die Städte tun ihr Möglichstes, um Chancengleichheit und -gerechtigkeit sicherzustellen. Die soziale Stadt, in der es von der Kita bis zur Hochschule ansprechende Bildungsangebote gibt, in der allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird und in der es sich sicher Leben lässt, ist das Leitbild. Die Vielfalt der Stadt lässt Raum für individuelle Lebensformen.

- Heimat für alle

Deutschland hat in den vergangenen beiden Jahren fast 1,2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Dieser Herausforderung haben sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellt. Ohne das Engagement der Zivil-

gesellschaft und ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Städten wäre dies jedoch nicht möglich gewesen. Die weit größere Aufgabe wird nun die Integration der Menschen sein, die bei uns bleiben werden. Sie kann nur vor Ort stattfinden, in den Kitas, in den Schulen, am Arbeitsplatz, durch Sport und Kultur, Sprachförderung und berufliche Qualifizierung. Die Kommunen können das, allerdings braucht Integration einen langen Atem und es gibt sie nicht zum Nulltarif. Deshalb wird es insbesondere darauf ankommen, wie es nach 2018 mit der Finanzierung des Integrationsaufwandes durch Bund und Länder weitergehen soll. Und Integration wird nur gelingen, wenn Zugewanderte und einheimische Bevölkerung aufeinander zugehen. Integrationsbereitschaft muss auf beiden Seiten gegeben sein.

- Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik

Die Stadt als Gestaltungsraum steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der lokalen Politik. Nach wie vor genießen die Spitzen einer Stadt ein hohes Ansehen. Die repräsentative Demokratie schafft den Ausgleich der Interessen in der Stadtgesellschaft. Aber es gilt, das Zusammenspiel der Akteure in der Kommunalpolitik immer wieder neu auszurichten und ihre Ergebnisse zu hinterfragen. Erst Transparenz und Erläuterung schaffen Glaubwürdigkeit – Kommunalpolitik muss reden: persönlich, direkt, miteinander. Dabei können andere Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die repräsentative Demokratie ergänzen und bereichern und die gewählten Verantwortungsträger unterstützen. Frühzeitige Partizipation der Beteiligten erleichtert die Abwägung zwischen widerstreitenden Ideen. Für die Gestaltung einer lebendigen Stadt ist die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, Politik und Zivilgesellschaft unverzichtbar. Das ehrenamtliche Engagement ist der Kitt unserer Gesellschaft.

- Städte sind Zukunft

Gesellschaftliche, technische, wirtschaftliche Entwicklungen – sie haben das Bild der Stadt seit jeher geprägt. Die Stadt verändert sich, mit jeder Entwicklung, immer wieder aufs Neue. Zuwanderung, Globalisierung und in den nächsten Jahren insbesondere Digitalisierung werden das Bild unserer Städte und unser Miteinander verändern. Selbstbewusst und offen gegenüber dem Neuen werden die Städte diesen Veränderungen Rechnung tragen, ohne bewährte Traditionen und Errungenschaften aufzugeben.

- Bildungschancen von Beginn an

Bildung schafft Chancen. Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, vom Auf- und Ausbau einer flächendeckenden und qualitativ guten Kinderbetreuung über das kommunale Engagement für Schulen bis hin zu den Volkshochschulen und dem vielfältigen Bildungsangebot von kommunalen Bibliotheken, Theatern und weiteren Kultureinrichtungen. Wenn der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt, gefährdet das den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und verfestigt soziale Spaltungen. Deshalb müssen sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam für gute Rahmenbedingungen und für eine Durchlässigkeit des Bildungssystems engagieren. Gute Chancen für alle von Beginn an – hier dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden. Es geht um die Zukunft Deutschlands.

- Wohnen ist Lebensqualität

Wohnen in der Stadt ist für viele Menschen attraktiv. Es wird um mehr Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen, aber auch um mehr Wohnungen im mittleren Segment gehen. Die Lebensgestaltung der Menschen, seien es nun Familien, Patchwork, Single oder mehrere Generationen unter einem Dach, wird auch beim Wohnen mehr und mehr eine Rolle spielen. Wir wollen Stadtteile mit einer guten Mischung von Leben, Arbeiten und Einkaufen, in denen Integration statt Verdrängung stattfindet. Neben ausreichenden Fördermitteln für den öffentlich geförderten Wohnungsbau braucht es finanzielle Anreize für den Bau bezahlbarer, frei finanzierter Wohnungen etwa über Investitionszulagen oder ein Baukindergeld. Ein Instrumentenmix ist wichtig. Außerdem muss Bauland mobilisiert werden, dazu bedürfen die Instrumente des Baurechts einer Verstärkung.

- Mobilität neu denken

Gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsleben sind ohne Mobilität nicht möglich. Städtischer Raum aber ist endlich. Wir müssen jetzt die Weichen stellen für ein modernes Mobilitätsverhalten und eine umweltverträgliche Fortbewegung. Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist und bleibt der Grundpfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind dabei keine Gegenspieler. Die Zukunft des Landes hängt auch an der Verkehrspolitik. Bund und Länder müssen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich mehr investieren als bisher. Dies gilt insbesondere für den ÖPNV.

- Städte als Orte des Zusammenhalts

Kulturelle Vielfalt und zunehmende Individualisierung werden die Stadtgesellschaft verändern. Die Städte

müssen dem Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen gerecht werden. Dazu müssen sie versuchen, Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe zu ermöglichen. Dabei hilft zum Beispiel öffentlich geförderte Beschäftigung für die Menschen, die auch in wirtschaftlich guten Zeiten objektiv keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Erst das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen und verschiedener Herkunft macht Stadt aus. Eine besondere Herausforderung wird dabei die Alterung der Gesellschaft spielen. Viele Menschen werden zukünftig stärker auf Unterstützung angewiesen sein, um ihren Alltag zu bewältigen. Auch hierauf muss die Sozialpolitik Antworten geben.

- Ohne starke Städte geht es nicht

Bund und Länder wissen, dass ohne starke Städte in Deutschland kein Staat zu machen ist. Sie müssen den Rahmen schaffen, damit die kommunale Selbstverwaltung kraftvoll und lebendig sein kann. Dazu gehört eine Finanzausstattung, die den breiten kommunalen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, notwendige Investitionen gewährleistet und Gestaltungsspielräume für die Kommunalpolitik sichert bzw. wiederherstellt. Kommunale Investitionen sind nicht Selbstzweck oder gar Wohlfühlfaktor. Sie sind die Grundlagen unseres Wohlstands. Es ist inakzeptabel, dass die Städte trotz der sehr guten wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend in den Erhalt der Infrastruktur investieren können. Und wenn der Bund Sozialleistungen ausweitet, darf das nicht auf Kosten der Kommunen gehen. Auch das ist eine Frage des Respekts gegenüber den Leistungen der Städte für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Für Städte in besonders schwieriger finanzieller Lage muss es Perspektiven durch gezielte Unterstützung geben. Dazu gehört auch eine Altschuldenhilfe. Zukunftsfähige Städte sichern die Stabilität im Innern Deutschlands.

- Städte leben Europa

Die Demokratie ist eine Erfindung der europäischen Stadt. Lange bevor Nationalstaaten mit den römischen Verträgen Europa institutionalisiert haben, waren die Städte in einem Netzwerk des wissenschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Austausches europäisch denkend und handelnd. Gegenseitiges Verständnis, Zusammenhalt und die Vielfalt Europas sind getragen von Begegnungen und Miteinander auf der kommunalen Ebene. Deshalb funktioniert ein stabiles Europa auch nur im und mit dem Respekt vor der lokalen Demokratie. Die deutschen Städte sind jetzt und in Zukunft dazu bereit.

Dr. Eva Lohse: Wir wollen, dass unsere Städte Heimat sind

Auszüge aus der Rede der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Dr. Eva Lohse, am 31. Mai 2017 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede als Text und Video-Mitschnitt unter www.staedtetag.de.

Offenheit prägt Städte

Die Stadt ist ein Ort vielfältiger Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur individuellen Lebensgestaltung. Städte sind darauf angelegt, dass sie nicht nur denen eine Heimat bieten, deren Eltern und Großeltern



Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages

schon am selben Ort gelebt haben, sondern dass sie offen sind für die Menschen, die in die Stadt kommen, weil sie hier die Chance suchen, ihr Glück zu machen. Diese Offenheit ist etwas, was unsere Städte ausmacht. Sie gehört zu den Grundlagen für den Erfolg des Lebensmodells „Stadt“. (...)

Flüchtlingszuzug eröffnet Gesprächskanal

Zuwanderung in unsere Städte hat es also schon immer gegeben und unter dem Strich haben wir davon eigentlich auch immer profitiert. Trotzdem war die Aufnahme von fast 1,2 Millionen Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren eine Herausforderung der besonderen Art. (...) Die Arbeit wurde geleistet von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltungen und von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagiert haben und dies nach wie vor tun. Ohne die Städte – und ohne das gute Zusammenspiel von Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft vor Ort – hätte Deutschland das, was in den Medien „die Flüchtlingskrise“ genannt wurde, nicht so gut bewältigt. Der dezentrale Staatsaufbau und vor allem die kommunale Selbstverwaltung gehören zu den Dingen, die die Stärke unseres Landes ausmachen. (...)

Die Flüchtlingskrise hat uns ganz nebenbei auch einen neuen Gesprächskanal eröffnet. (...) Die Bundeskanzlerin hatte die kommunalen Spitzenverbände zum Gespräch eingeladen über die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Wir haben uns in dieser Runde regelmäßig getroffen. (...) Ich habe diesen Austausch als sehr wohltuend und extrem hilfreich empfunden und ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Form des direkten Gesprächs zwischen Bundesregierung und kommunalen Spitzenverbänden auch in Zukunft – und auch zu anderen Themen – weiter gepflegt würde. (...)

Integration ist ein langer Weg

Integration ist ein langer Weg, der Geduld und Anstrengungen auf beiden Seiten erfordert. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration wird die wechselseitige Akzeptanz sein – die Menschen müssen aufeinander zugehen, die, die neu zu uns gekommen sind, genauso wie die Einheimischen. Dabei brauchen wir ein gemeinsames Grundverständnis davon, was unser Land ausmacht und was unsere Gesellschaft zusammenhält. Dafür reicht eigentlich ein Blick in unser Grundgesetz. (...) Konkret sind die Grundrechte, um die es vor allem geht: das Recht jedes Einzelnen auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen und sexueller Orientierungen und die Glaubensfreiheit. Das sind Dinge, die bei uns nicht verhandelbar sind. Wer das akzeptiert, der wird bei uns eine gute Heimat finden.

Bund und Länder sind in der Verantwortung

Der Bund ist in der Verantwortung, wenn es letztlich um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland geht. Und es geht um Chancengerechtigkeit. Die Lebenschancen gerade junger Menschen dürfen nicht vom Ort abhängen, in dem sie wohnen. Daher muss der Bund sein zentrales regionalpolitisches Instrument, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, deutlich ausweiten. Aber auch die Länder sind in der Verantwortung. Sie müssen dafür sorgen, dass die Städte finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können und die Infrastruktur nicht verfällt. Das ist leider nicht in allen Bundesländern der Fall. (...) Man kann das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Städte in einigen Bundesländern nicht lösen, ohne das grundsätzliche und für die Lage der Städte zumindest mitursächliche finanzielle Problem dieser Länder zu lösen.

Sicherheit

Wir wollen, dass unsere Städte Heimat sind. Wir wollen, dass sich die Menschen in unseren Städten wohlfühlen. Dazu gehört ganz unbedingt, dass sie sich angstfrei auf öffentlichen Straßen und Plätzen bewegen können. (...)

Helmut Dedy: Herausforderungen 2020

Auszüge aus der Rede des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, am 31. Mai 2017 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede als Text und Video-Mitschnitt unter www.staedtetag.de.

Neuordnung der Bund-Länder-Finzen

Es gibt jetzt eine große Debatte, siegt da der Föderalismus oder verliert der Föderalismus? Wir nähern uns als Städtetag relativ pragmatisch diesen Fragen und sagen: Das ist jetzt so beschlossen, also müssen wir sehen, dass wir damit umgehen. (...)



Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Was wurde beschlossen? Der Länderfinanzausgleich ist weg. Jetzt geht der Ausgleich, den man trotzdem noch haben möchte, über die Umsatzsteuer. (...) Die Ministerpräsidenten haben lange gerechnet, sodass nun alle gewinnen. Das ist das Ergebnis. Frau Merkel hat es sportlich genommen. Sie hat gesagt, wir haben es gerne getan. (...) Alle Länder profitieren, es gibt kein Land, das verliert. Planungssicherheit für alle, mehr Geld für alle und kein Streit mehr untereinander. (...)

Und profitieren die Städte? Es gab drei Ziele, mit denen der Städtetag in die Diskussionen gegangen ist: Kommunale Investitionen stärken, strukturschwache Regionen besser ausstatten und die Lösung des Altschuldenproblems. Lösungen gibt es da noch nicht, das werden Herausforderungen bleiben. (...)

Das erste Ziel: mehr kommunale Investitionen

Es geht bei dem Thema um Entwicklungschancen von Regionen und Städten und damit geht es auch um Startchancen unserer Kinder. Das war einer der Gründe, warum wir bei dem zweiten 3,5-Milliarden-Paket gesagt haben, ja, klar stimmen wir dem zu. Das sind 3,5 Milliarden für Schulsanierungen, das macht Sinn. Also her damit, wir wollen investieren. Nur wenn wir ganz ehrlich sind, auf der langen Linie helfen uns solche Programme eher begrenzt. Einzelprogramme sind nicht kalkulierbar, sie sind Wohltaten. Aber wir brauchen finanzpolitische Verlässlichkeit. (...) Kommen wir zurück zum Geld. Ab 2020 erhalten alle Länder mehr. Und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Landesregierungen zu sagen, was sie damit tun sollen. Konkret nämlich das, was Frau Merkel auch angedeutet hat: Von

dem, was zwischen Bund und Ländern neu aufgeteilt worden ist, muss etwas in den Städten ankommen.

Das zweite Ziel: strukturschwache Regionen stärken

Das zweite Ziel mache ich kurz, Förderung der strukturschwachen Regionen. Das läuft an und sieht nicht schlecht aus. Wir müssen zu einer Förderung strukturschwacher Gebiete deutschlandweit kommen. Da steckt ganz viel Detailarbeit drin. Und ich glaube, wir müssen aufpassen, dass es bei der nächsten Bundesregierung ziemlich weit oben auf der Agenda steht.(...)

Das dritte Ziel: Altschulden abbauen

Jede Stadt braucht Entwicklungschancen. Ohne lebenswerte Urbanität ist die europäische Stadt nicht denkbar. Städte brauchen einladende öffentliche Räume, gute Luft, Kultur, Einzelhandel, Vereine. Und Städte brauchen die Kraft zur Integration. (...) Nur dann können Städte Heimat sein und nur dann können Städte Zukunft sein. Und deshalb ist es wichtig, dass Entwicklungschancen für alle Städte da sind, auch für hochverschuldete Städte. Das ist nicht einfach. Altschulden sind ein schwieriges Thema. (...) Es reicht nicht, einfach zu sagen, wir haben da ein Problem, das muss gelöst werden. Jetzt gucken wir mal, wer das lösen soll. (...) Wir müssen die Geschichte erzählen, dass Altschulden Entwicklungschancen vereiteln. Es kann nur uns im Städtetag gemeinsam gelingen, die Geschichte zu erzählen, weil wir die Betroffenheit der Überschuldung haben und weil wir die Betroffenheit der prosperierenden Stadt haben. Uns gelingt es auch nur dann, wenn wir das nicht jammernd tun, sondern wenn wir das selbstbewusst tun, wenn wir das fordernd tun und wenn wir das vor allem erklärend tun. Das ist eine Mammutaufgabe, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das gemeinsam schaffen können.

Ich komme zum Ende und zum Anfang. Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 sind neu geregelt – unsere Arbeit steht damit auf einer neuen Grundlage. Es gilt Voraussetzungen für lebendige Städte zu schaffen, und wenn ich die letzte Steuerschätzung richtig verstanden habe, dann ist das nötige Geld bei Bund und Ländern dafür durchaus vorhanden. (...)

Dr. Angela Merkel: Im Gespräch bleiben und Finanzströme transparenter machen

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 31. Mai 2017 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede als Video-Mitschnitt sowie ein Redemanuskript unter www.staedtetag.de.

Direkter Kontakt zu Kommunen ist wichtig

Es ist sehr wichtig, dass wir im Gespräch bleiben. Deshalb habe ich (...) in der herausfordernden Situation, als viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind, sehr schnell gesagt, dass wir den direkten



Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin

Kontakt zu den Kommunen brauchen, wohl wissend, dass nach dem Grundgesetz die Länder für die Kommunen da sind. Trotzdem gibt es Situationen, in denen der Informationsaustausch schnell erfolgen muss. Angesichts der vielen Interdependenzen, wie man so schön sagt, haben wir doch immer wieder auch die Frage zu beantworten, wer genau für was verantwortlich ist (...). Aber den Bürgerinnen und Bürgern ist das, ehrlich gesagt, ziemlich egal. Sie wollen wissen, wie die Dinge klappen. Dass ich Kommunalpolitik sehr achte, habe ich schon oft gesagt, gerade auch weil man vor Ort ja nicht weg kann, sondern tagtäglich mit den Anliegen vor Ort direkt konfrontiert wird. (...)

Bürgerportale und Digitalisierung

Ein Teil der Grundgesetzänderung könnte für die Menschen in Deutschland auch insofern von großer Bedeutung sein, (...) wenn es um die Einrichtung von Bürgerportalen geht. Die meisten Berührungspunkte der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat finden natürlich auf der kommunalen Ebene statt. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv darüber sprechen müssen, wie wir diese Bürgerportale gestalten, sodass der Bürger dann einen einheitlichen Zugang zu allen staatlichen Leistungen hat. Mir ist auch ziemlich gewahr, dass das wahrscheinlich auch eine finanzielle Herausforderung sein wird. Auch darüber werden wir natürlich sprechen müssen. Denn in Sachen Verwaltung und Digitalisierung sind wir in Deutschland bestenfalls im unteren Mittelfeld anderer Länder. (...) Deshalb bitte ich einfach, dass wir auch da offen und intensiv an das Thema herangehen. (...)

Finanzbeziehungen transparenter gestalten

In Deutschland haben wir vollkommen unterschiedliche Gegebenheiten. In den einen Regionen sind die Klassen leer und die Schulen müssen geschlossen werden und in anderen Regionen sind die Klassen voll. Diese Unterschiedlichkeiten können wir halt auch nur ziemlich schwierig ausgleichen. Das ist auf die Schnelle nicht zu lösen. Aber ich sage mal, der hochverdiente Königsteiner Schlüssel ist nur bedingt geeignet, direkt zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zu führen. (...) Vielleicht können wir mit den Ländern nochmals darüber reden, dass wir nicht alles immer nach dem Königsteiner Schlüssel ausgeben, weil das letztlich die Unterschiede immer weiter vergrößert. Wenn die kommunalen Spitzenverbände da konstruktiv mitarbeiten könnten, dann wäre das aus meiner Sicht sehr, sehr wichtig. Wir haben die Bund-Länder-Finanzbeziehung neu geordnet. Das war ein Kraftakt, um es mal ganz vorsichtig zu sagen. Die Einigung der Länder war möglich, weil der Bund mehr Verantwortung übernommen hat. Das haben wir gerne getan. Aber ich sage auch, wir tun es nur gerne, wenn zum Schluss auch irgendwas von den Bundesmitteln bei den Kommunen ankommt. (...) Erhöhte Transparenz ist notwendig. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern erklären können, wie die Finanzmechanismen funktionieren und nach welchem Muster sie funktionieren. (...)

Integration braucht Planungssicherheit

Abschließend will ich Ihnen danken. Ich will Ihnen danken für das, was Sie sowieso täglich tun. Aber ich will Ihnen auch dafür danken, dass Sie die Herausforderung, die wir im Jahr 2015 hatten, doch so mutig angegangen sind. (...) Wir wissen, dass jetzt, da weniger Flüchtlinge zu uns kommen, natürlich die Aufgabe nicht beendet ist. Ich glaube, Frau Lohse hat es auch gesagt, dass wir beim Thema Integration einen sehr langen Atem brauchen. (...) Aus diesem Grund respektiere ich nicht nur Ihren Wunsch, dass Sie wissen müssen, wie es nach 2018 mit den Finanzen weitergeht, sondern wir werden nach der Bundestagswahl bei der Haushaltsaufstellung für 2018 auch sofort darüber sprechen müssen. (...)

Sigmar Gabriel: Konflikte der Welt sind in unserer Nachbarschaft

Auszüge aus der Rede des Bundesministers des Auswärtigen und Vizekanzlers, Sigmar Gabriel, am 1. Juni 2017 während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede und Diskussion unter www.staedtetag.de.

Kommunalpolitik ist gute Schule

Ich glaube einfach, dass Kommunalpolitik eine gute Schule ist, weil – eben anders als in der Landespolitik oder Bundespolitik – Sie den Menschen jeden Tag über den Weg laufen, die Sie gewählt haben und Sie beim Vortragen eines Problems nicht erklären können, dass Sie erst einmal einen Arbeitskreis gründen, sondern die Menschen wollen ziemlich schnell von Ihnen wissen, wie es weiter geht. Und das Schöne an der Kommunalpolitik ist, dass Sie Erfolg und Misserfolg Ihres Handelns sehr schnell rückgemeldet bekommen.



Sigmar Gabriel
Vizekanzler

Krisen rücken nah an uns heran

Spätestens seit den großen Flüchtlingsströmen ab 2015 wissen wir, die Konflikte der Welt sind nicht irgendwo da draußen. Sie sind in unserer Nachbarschaft. Wenn in Syrien Krieg herrscht, dann können wir nicht einfach weiterzappen, sondern am nächsten Tag sitzen die Flüchtlinge im ÖPNV neben uns. Und was immer in Somalia und Afghanistan und im Irak oder Syrien passiert, betrifft uns ganz schnell.

Integration ist noch längst nicht gelungen

Ich habe damals im August 2015 gesagt, wir stehen vor einer gesellschaftlichen und politischen Generationenaufgabe. (...) Jetzt haben wir ein Integrationsgesetz, jetzt haben wir Finanzmittel und Strukturen (...) und ich darf Ihnen versichern, es war auch innerhalb der großen Koalition ein ziemliches Stück Arbeit, aus dem „Wir schaffen das“ ein „Wir machen das“ zu machen. (...) Integration ist aber noch längst nicht gelungen. (...) Wir reden über eine vermutlich zehn, fünfzehn Jahre (...) währende Aufgabe. Und deswegen bin ich dafür, dass wir uns nach der Bundestagswahl darauf verständigen, wie wir das angehen und (...) wir dann auch dafür sorgen, dass Integration so finanziert wird, dass es nicht am Ende darauf hinausläuft, dass Sie entscheiden müssen, ob Sie etwas für Ihre Bürger vor Ort machen oder eine Integrationsinitiative. Denn das macht die Kommunen kaputt. (...)

Förderung strukturschwacher Regionen

Wir müssen doch auch – da bitte ich aber auch die starken Städte und Gemeinden und starken Länder um Verständnis – das Geld so ausgeben, dass es da ankommt, wo es am schwierigsten ist. Und die Regionen, die ohnehin schon Schwierigkeiten haben mit ihrer Sozialstruktur, bei denen wirkt natürlich das zusätzliche Hinzukommen von Flüchtlingen noch weit dramatischer als in Städten und Gemeinden und Regionen, wo wir einigermaßen vernünftige Sozialstrukturen haben. (...)

Investieren in Bildung

Eigentlich brauchen wir einen neuen goldenen Plan (...) für Deutschlands Schulen, wo wir einen richtigen Pakt schließen, wir – der Bund – geben richtig Geld für Investitionen – übrigens auch in digitale Infrastruktur – ich bin ja der Überzeugung, in den schwierigsten Stadtteilen müssten die schönsten Schulen stehen. (...) Und die Länder im Gegenzug müssen bereit sein, die Lehrer einzustellen. (...) Investitionen in Bildung, in Forschung, in Infrastruktur, das ist, was wir in Deutschland dringend brauchen.

Heimat und lebenswerte Städte

Ich glaube, Heimat ist einer der wichtigsten Begriffe für uns als Leitplanke in der Politik. Denn die Menschen sind so vielen Veränderungen ausgesetzt, (...) dass sie einen festen Grund in ihrem Leben haben wollen. Und das kann in guter Weise Stadt und Wohnort sein. Geordnete Städte und Gemeinden schaffen Zusammenhalt. Verwahrloste Städte und Gemeinden schaffen verwahrloste Köpfe und Seelen. (...) Es geht darum, dass Städte und Gemeinden ihre ganz originären Aufgaben vernünftig erfüllen können und nicht darauf warten müssen, ob es mal wieder ein neues Projekt gibt. (...) Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland ist inzwischen längst nicht mehr gegeben, obwohl sie im Grundgesetz im Artikel 72 als Ziel formuliert ist. (...) Halten wir das aufrecht? Wollen wir das? Ich finde ja. Nun wird man auf der Hallig Hooge nicht genauso leben wie in München, das soll man auch nicht. Aber die prinzipielle Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen ist doch das Ziel unserer Verfassung, das wir nicht aufgeben dürfen.

Joachim Herrmann: Deutschland braucht starke Städte

Auszüge aus der Rede des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr des Freistaates Bayern, Joachim Herrmann, am 1. Juni 2017, während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Die vollständige Rede unter www.staedtetag.de.

Herzlich willkommen

Herzlich Willkommen hier in unserer Frankenmetropole in Nürnberg. Ich freue mich, weil ich in unmittelbarer Nachbarschaft in Erlangen wohne und mich auch als ehemaliges Stadtratsmitglied immer noch als Teil der kommunalen Familie in der Region fühle. Und das Thema Ihrer Tagung „Heimat. Zukunft. Stadt“ beschreibt zentrale Anliegen, mit denen wir uns im Freistaat Bayern auch intensiv auseinandersetzen. (...) Bayern lebt auch von der Strahlkraft seiner Metropolen.



Joachim Herrmann
Bayerischer Staatsminister

Integration in die Gesellschaft

Integration braucht ein Fundament, Integration braucht eine Richtung und ein Ziel. Denn sich integrieren heißt, sich in unser Land, in unsere Rechtsordnung und auch in unsere Gesellschaftsordnung einzuleben. Integration heißt eben ganz klar auch, nicht Parallelgesellschaften entstehen zu lassen. (...)

Gleichwertige Lebensverhältnisse als Verfassungsziel

Wir haben die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Der Freistaat und die Gemeinden müssen sich bei ihren Handlungen daran messen lassen. Wir müssen in der Tat alles dafür tun, dass es in Deutschland nicht weiter auseinander klafft, sondern dass wir zusammen kommen. Und das am Besten – wohlgemerkt – nicht so, dass die einen schlechter und die anderen besser werden, sondern dass alle so viel besser werden, dass der Abstand zwischen den Besten und den Schlechtesten kleiner wird, nur dann werden wir Deutschland insgesamt ein Stück weiter voran bringen. (...)

Wir brauchen starke Kommunen

Ich bin mit Begeisterung Kommunalminister und deshalb sage ich bei jeder Gelegenheit „Ein starkes

Bayern braucht starke Kommunen“, deshalb haben wir auch einen Anspruch der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Dass wir dann trotzdem immer wieder darum ringen, was die angemessene Finanzausstattung ist – lieber Herr Dr. Maly –, ist keine Frage. Aber es ist schon bedeutsam, wenn man in der Landesverfassung ausdrücklich verankert, dass die Kommunen darauf einen Anspruch haben. (...)

Investieren in Verkehrsinfrastruktur

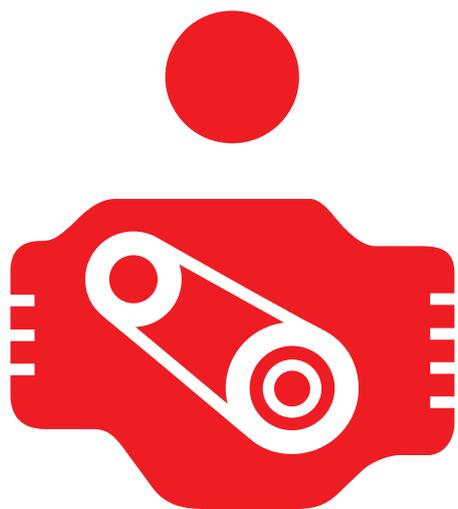
Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass von diesem Geld, das die Länder jetzt mehr erhalten, in der Tat auch ein angemessener Teil bei den Kommunen ankommt. (...) Ich weiß, in wie vielen Städten in Deutschland wichtige Verkehrsinfrastrukturprogramme vorgebracht werden, wo U-Bahnen und S-Bahnen und Straßenbahnen usw. ausgebaut werden müssen. Es ist gut, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) jetzt über 2019 hinaus verlängert wird. Das war die erste Hürde, die wir genommen haben, wo wir uns gemeinsam durchgesetzt haben. Aber die finanzielle Ausstattung des GVFG ist jetzt seit vielen Jahren unverändert. (...) Das heißt, es ist unübersehbar, dass wir den GVFG-Topf insgesamt und in der nächsten Legislaturperiode deutlich vergrößern müssen, weil wir sonst diese großen Verkehrsinfrastrukturprojekte in den Kommunen nicht geschultert bekommen. Und allein schon, wenn ich an die aktuelle Diskussion über die Luftreinhaltung denke, werden wir die Verkehrsprobleme der nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht bewältigen können, wenn wir nicht den ÖPNV kräftig weiter ausbauen und dazu brauchen wir auch finanzielle Unterstützung. (...)

Investitionen in Schulen

Es ist wichtig, dass mit der Änderung des Grundgesetzes jetzt auch wieder etwas mehr gelockert wird, dass der Bund in der Tat auch ein bisschen helfen darf, wenn z. B. Schulen besser ausgestattet werden sollen. Ich halte das für richtig. (...) Deutschland braucht starke Städte. Ich wünsche Ihnen allen bei Ihrer verantwortungsvollen Arbeit in den Städten Deutschlands viel Erfolg. Wir werden uns von Bayern aus bemühen, die Kommunen bestmöglich weiterhin zu unterstützen.



Brummmen ist einfach.



Weil die Sparkassen und
die Landesbanken den
Motor unserer Wirtschaft
am Laufen halten.

Mittelstandsfinanzierer Nr. 1

Sachkundige Beratung in den Foren

In aufeinander bezogenen Themenforen diskutierten die Delegierten mit externen Gästen zentrale Aspekte des diesjährigen Leitthemas „Heimat. Zukunft. Stadt“.

Forum A Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?

Moderation: Corinna Mielke, Bayerischer Rundfunk;
Gesprächsrunde: Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages; Eva-Maria Welskop-Deffaa, Designerin Vorstand, Sozial- und Fachpolitik, Deutscher Caritasverband.

Forum B Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel

Moderation: Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk;
Gesprächsrunde: Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages; Prof. Dr. Barbara Lenz, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Institut für Verkehrsforschung; Dr. Michael Niedenthal, Leiter der Verkehrsabteilung im Verband der Automobilindustrie.

Forum C Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel

Moderation: Kerstin Dornbach, Bayerischer Rundfunk;
Gesprächsrunde: Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland; Dr. Sabine Hepperle, Leiterin der Abteilung für Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Bertram Hilgen, Oberbürgermeister der Stadt Kassel.

Forum D Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend

Moderation: Peter Grabowski, Fachjournalist;
Gesprächsrunde: Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages; Eva Leipprand, Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Forum E Heimat • Zukunft • Stadt – auch eine Frage des Geldes!

Moderation: Dr. Jasper von Altenbockum, Frankfurter Allgemeine Zeitung; Gesprächsrunde: Dirk Hilbert, Oberbürgermeister der Stadt Dresden; Ingbert Liebing, Kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; Peter Kaiser, Projektleiter Zukunftsatlas der Prognos AG.

Interfraktionelle Frauensitzung: Gender Mainstreaming und Diversity – kommunale Gleichstellungspolitik

Moderation: Anne Chebu, Fernsehmoderatorin;
Gesprächsrunde: Ulrike Hauße, Landesbeauftragte für Frauen, Freie und Hansestadt Bremen, und Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages; Sonja Leidemann, Bürgermeisterin der Stadt Witten; Prof. Dr. Barbara Thiessen, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Landshut.



Städtetagspräsidentin Dr. Eva Lohse während ihrer Rede bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, zu der mehr als 1200 Delegierte und Gäste in die NürnbergMesse kamen.

Foto: © Stadt Nürnberg, Christine Dierenbach



ERSTE STADTRÄTIN ODER ERSTER STADTRAT

Die Universitätsstadt Göttingen mit ca. 130.000 Einwohnern ist das Oberzentrum für Südniedersachsen und Teil der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg. Sie sucht zum **01.03.2018**

eine **ERSTE STADTRÄTIN** oder einen **ERSTEN STADTRAT** (**Stadtkämmerin** oder **Stadtkämmerer**) als **allgemeine(n) Stellvertreter(in) des Oberbürgermeisters**



Mit der Funktion ist zugleich die Leitung des Dezernats A mit den Fachbereichen Finanzen, Ordnung und Feuerwehr verbunden.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Tätigkeiten liegt im Bereich Finanzen. Eine Änderung des Dezernatszuschnitts bleibt dem Rat der Stadt Göttingen vorbehalten.

Die Erste Stadträtin oder der Erste Stadtrat wird auf acht Jahre gewählt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Die Besoldung richtet sich gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung nach **Besoldungsgruppe B 6**. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung nach den gesetzlichen Bestimmungen gezahlt.

Erforderlich ist ein abgeschlossenes Universitäts- oder Fachhochschulstudium in einem wirtschafts-, rechts- oder verwaltungswissenschaftlichen Studiengang sowie mehrjährige Berufserfahrung in der Leitung größerer Organisationseinheiten, gern in einer Kommunalverwaltung. Außerdem sind ausgeprägte betriebswirtschaftliche Kenntnisse nachzuweisen.

Gesucht wird eine qualifizierte Führungspersönlichkeit, die an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung die Herausforderungen einer Kommune zwischen gesetzlichen Vorgaben, Finanzsituation und Erwartungen zur Gestaltung einer attraktiven Stadt motiviert, verantwortungsbewusst und kreativ meistert. Sie soll über Durchsetzungskraft, soziale, kommunikative, interkulturelle und Gender-Kompetenz verfügen.

Es wird erwartet, dass die künftige Amtsinhaberin oder der künftige Amtsinhaber den Wohnsitz in Göttingen nimmt.

Göttingen ist das wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum im Süden Niedersachsens. Wir bieten die Beschäftigung bei einer als TOP-Arbeitgeber Südniedersachsen zertifizierten Stadtverwaltung im lebendigen Umfeld einer Universitätsstadt, familienfreundliche Angebote und Rahmenbedingungen (u.a. Belegplätze in einer betriebsnahen Kita), ein vielseitiges betriebliches Gesundheitsmanagement und attraktive Sozialleistungen.

Zum Abbau der Unterrepräsentanz in Leitungspositionen wird die Bewerbung von Frauen besonders begrüßt. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen von Personen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Nähere Auskünfte erteilt **Herr Oberbürgermeister Köhler unter der Tel.-Nr. 0551 / 400-2300**.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte mit aussagekräftigen Unterlagen und Nachweis der geforderten Voraussetzungen bis spätestens **21.07.2017** an:

Stadt Göttingen
Fachdienst Personalwirtschaft
Breslauer Straße 2
37085 Göttingen

oder (**bevorzugt**) per E-Mail: Bewerbungen@goettingen.de

Hinweis für Bewerbungen in Papierform:

Bitte reichen Sie Ihre Papier-Bewerbungsunterlagen **nur in Kopie und ohne Mappe** ein, da diese nach Abschluss des Auswahlverfahrens nicht zurückgesandt werden. Sie werden unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen vernichtet.

Geburtstage



Axel Jahnz, Oberbürgermeister der Stadt Delmenhorst, wird am 19. Juli 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze.



Holger Kelch, Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, feiert am 2. Juli seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat hat das Amt seit 2014 inne.

Fotos oben: Oliver Saul; Foto-Goethe; Romy Pitzschke; Deutscher Städtetag;
Foto unten: Deutscher Städtetag.



Der Oberbürgermeister der Stadt Delitzsch, **Dr. Manfred Wilde** (parteilos), wird am 6. Juli 55 Jahre alt. Er steht seit 2008 an der Stadtspitze. Wilde ist seit 2013 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Ehrung



Frankfurt am Main: Oberbürgermeister Peter Feldmann hat die frühere Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, **Petra Roth**, in Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste um die Stadt Frankfurt am Main zur Ehrenbürgerin der Stadt ernannt. Sie ist die zweite Frau, der diese

höchste Auszeichnung der Stadt zuteil wird. Petra Roth war 17 Jahre Oberbürgermeisterin. Die langjährige Präsidentin des Deutschen Städtetages ist Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbandes.

Deutscher Städtetag: „Dr. Gerhard Gebauer war ein bemerkenswerter Förderer der Zusammenarbeit zwischen Städten in Europa“



Zum Tode des Ehrenmitglieds des Deutschen Städtetages und langjährigen Oberbürgermeisters der Stadt Villingen-Schwenningen, **Dr. Gerhard Gebauer**, der am 3. Juni verstarb, erklärte die Präsidentin des kommunalen Spitzenverbandes, die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen

am Rhein, Dr. Eva Lohse: „Der Deutsche Städtetag trauert um sein Ehrenmitglied und seinen früheren Vizepräsidenten Dr. Gerhard Gebauer. Beharrlich setzte er sich über Jahrzehnte für die kommunale Selbstverwaltung und den Ausbau der Beziehungen der deutschen Städte mit den Kommunen anderer europäischer Staaten ein. Auch als Vizepräsident der Deutschen Sektion im Rat der Gemeinden und Regionen Europas war er ein maßgeblicher und bemerkenswerter Förderer der Europaarbeit der Städte. Dr. Gerhard Gebauer verfolgte im Nachkriegsdeutschland von Anfang an unbeirrbar das Ziel, für seine Mitmenschen eine friedliche und lebenswerte Zukunft zu gestalten. Dieses Ideal brachte er ein

das kommunale und nationale Miteinander der Menschen. Es war aber auch sein Leitbild bei der Ausgestaltung eines partnerschaftlichen und friedlichen Europas. Beharrlich und mit Erfolg engagierte er sich dafür im Deutschen Städtetag und im Rat der Gemeinden und Regionen Europas sowie in zahlreichen weiteren Verbänden, Vereinen und Institutionen. 1962 wählten ihn die Bürgerinnen und Bürger in Schwenningen am Neckar zum damals jüngsten Oberbürgermeister Baden-Württembergs. Als Gerhard Gebauer Ende 1994 sein Amt als Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen nach Erreichen der Altersgrenze von 68 Jahren abgab, war er der damals dienstälteste Oberbürgermeister der Bundesrepublik. Der Deutsche Städtetag fühlt sich Gerhard Gebauer in großer Dankbarkeit verbunden. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.“

Dr. Gerhard Gebauer war von 1980 bis 1983 Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Er war außerdem fünf Jahre lang Stellvertreter des Präsidenten. Dem Präsidium des Deutschen Städtetages gehörte er 20 Jahre an, von 1974 bis 1994. Seit 1995 war er Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages.

»» Wir investieren, damit unsere
Gemeinde attraktiv bleibt. Für die
Großen und die Kleinen.

Mit den KfW-Förderkrediten für Kommunen
und kommunale Unternehmen.



Ob Kinderbetreuung, Energiewende oder demografischer Wandel: Als größte deutsche Förderbank unterstützt Sie die KfW dabei, den Herausforderungen eines modernen Gemeinwesens gerecht zu werden. So erhalten Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen günstige Finanzierungsangebote, um die regionale Infrastruktur zu verbessern. Denn damit bleibt Ihre Gemeinde auch in Zukunft attraktiv für Familien und Unternehmen. Mehr Informationen auf www.kfw.de/infrastruktur

Bank aus Verantwortung

KFW

Wirtschaft

Kommunale Politik und Wirtschaftsförderung – zwei Seiten einer Medaille?

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2017
16. bis 17. November 2017 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Effiziente, erneuerbare und solare Wärmenetze

Praxiswerkstatt des Deutschen Instituts für Urbanistik
28. September 2017 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Kommunale Energiewende – Widerstände durch Kooperation überwinden

Praxiswerkstatt des Deutschen Instituts für Urbanistik
7. September 2017 in Potsdam

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Erneuerbare Wärme – Kommunale Vorbilder zum Nachahmen

Themenseminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
27. September 2017 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten

20. bis 22. September 2017 in Tübingen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Juni 2017

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de